

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Eberhard Menzel

Mitglied SPD-Fraktion

2. Bürgermeister Wilfrid Adam

Ratsmitglied Ursula Aljets

Ratsmitglied Holger Barkowsky

Ratsmitglied Karlheinz Föhlinger

Ratsmitglied Hans Gabriels

Ratsmitglied Sabine Gastmann

Ratsmitglied Hans Hartmann

Ratsmitglied Hans-Jürgen Kempcke

Ratsmitglied Kurt Lorentz

Beigeordneter Siegfried Neumann

Ratsmitglied Uwe Reese

Ratsvorsitzender Norbert Schmidt

Ratsmitglied Margit Stoermer

Ratsmitglied Hermann Stolle

Ratsmitglied Angelika Thwin

Ratsmitglied Christine Will

Mitglied CDU-Fraktion

Ratsmitglied Ursula Biester

Ratsmitglied August Desenz

Ratsmitglied Jörn Felbier

Ratsmitglied Ursula Glaser

Ratsmitglied Martin Harms

Ratsmitglied Stephan Hellwig

Ratsmitglied Brigitte Klee

Ratsmitglied Michael Kunze

1. Bürgermeister Fritz Langen

Ratsmitglied Helmut Möhle

Ratsmitglied Philipp Panzer

Ratsmitglied Bernhard Rech

Beigeordneter Prof. Günter Reuter

Mitglied FDP-Fraktion

Ratsmitglied Susanne Bauermeister

Ratsmitglied Hans-Joachim Jasny

Ratsmitglied Horst Radmer

Ratsmitglied Hartmuth Sager

Beigeordneter Dr. Michael von Teichman

Mitglied Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen

Ratsmitglied Joachim Ender

Ratsmitglied Barbara Ober-Bloibaum

Ratsmitglied Gerold Tholen

Beigeordneter Joachim Tjaden

Mitglied Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ratsmitglied Werner Biehl

Ratsmitglied Erika Lach

Ratsmitglied Claus-Dieter Westerman

Mitglied der LAW

Ratsmitglied Johann Janssen

parteilos

Ratsmitglied Peter Müller

Es fehlte entschuldigt

Beigeordneter Heinz Weerda

Dezernenten

Stadtrat Dr. Jens Graul

Stadtkämmerer Heiko Hoff

Stadtbaurat Klaus-Dieter Kottek

Erster Stadtrat Jens Stoffers

von der Verwaltung

Fachbereichsleitung Zentrale Dienste Peter Gniech

Fachbereichsleitung Kommunikation & Koordination Arnold Preuß

Fachbereichsleitung Finanzwirtschaft Jörg Valnion

Stellv. Fachbereichsleitung Finanzwirtschaft Stefan Kück

Pers. Referentin Fachbereich & Koordination Claudia Wachenfeld

Fachbereichsleitung Rechnungsprüfungsamt Udo Weiß

Fachbereich Kommunikation & Koordination Ira Wernicke

Gleichstellungsbeauftragte Ellen Wolbergs

Protokollführer

Protokollführer Lars Stecker

A. Öffentlicher Teil ab Seite 3

B. Einwohnerfragestunde auf Seite 7

A. Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

3 Aktuelle Stunde

4.1.1 Beschluss der Satzung der Stadt Wilhelmshaven über die kommunale Anstalt des öffentlichen Rechts "Wirtschaftsbetriebe der Stadt Wilhelmshaven (WBW, AöR)"

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Schmidt eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde in der vorliegenden Form festgestellt.

3 Aktuelle Stunde

Frau Gastmann trug die von ihr beantragte „Aktuelle Stunde“ vor:

„Erst letzte Woche haben wir aus der Presse entnommen, dass die Versorgung mit Methadon von Menschen mit einer Drogenabhängigkeit in Wilhelmshaven gefährdet ist. In den letzten Monaten haben wir uns im Ausschuss Soziales und Gesundheit und im Jugendhilfeausschuss um die langfristige Klärung bemüht. Dies scheint nun aus verschiedenen Gründen gescheitert zu sein. Wir als SPD-Fraktion sehen es als dringlich an, hier eine Lösung zu finden. Für eine Stadt wie Wilhelmshaven kann es nicht sein, dass eine Gruppe von Menschen, die eine Versorgung mit Methadon benötigt, diese nicht hier vor Ort bekommt. Die Folge wäre, dass die Menschen wieder in die Heroinabhängigkeit zurückfallen würden und dass die Beschaffungskriminalität wieder zunimmt.“

Herr Janssen teilte mit, dass Herr Dr. Abelmann bereit sei, seine Arbeit für einen weiteren Monat fortzusetzen. Er stehe außerdem für Gespräche bereit, um eine langfristige Lösung in dieser Angelegenheit herbeizuführen. Im Weiteren führte Herr Janssen eventuelle Lösungsmöglichkeiten auf.

Frau Aljets erklärte, dass sich der Sozialausschuss in der letzten Woche noch einmal eingehend mit dem Thema beschäftigt habe. Weiterhin machte Sie deutlich, dass hier nicht die Stadtverwaltung in der Pflicht sei. Sie hob in dem Zusammenhang die positive Arbeit von Herrn Stoffers und Ratsherrn Janssen hervor.

Herr Stoffers dankte Herrn Dr. Abelmann dafür, dass dieser sich bereit erklärt habe, die Aufgabe einen weiteren Monat fortzuführen und erläuterte den aktuellen Sachstand über die zurzeit stattfindenden Gespräche.

Abschließend trug **Frau Gastmann** folgende Empfehlung vor:

„Seit Jahr und Tag werden in Wilhelmshaven Drogenkranke von nur sehr wenigen Ärzten behandelt. Zurzeit sind es nur drei, von denen einer jetzt entschieden hat, die Behandlung Drogenkranker aus Überlastungsgründen einzustellen. Diese Situation ist nicht plötzlich entstanden, sondern zeichnete sich schon im Frühjahr ab. Die damals einberufene Krisensitzung im Gesundheitsamt zeigte jedoch bis heute keine Ergebnisse. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stellt fest:

Das Drogenproblem ist ein gesellschaftliches Problem. Drogenkranke haben eine deutlich erhöhte Morbidität. Ihre Behandlung muss schon deshalb wohnortnah durchgeführt werden; Drogenkranke haben ein Recht darauf wie Patienten mit anderen Krankheiten behandelt zu werden. Drogenkranke sind nicht Kranke zweiter Klasse. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven fordert die Krankenversicherungen auf, ihrem Sicherstellungsauftrag zu genügen. Wir erwarten bis zum 01.11.2009 eine Lösung für die 40 Patienten, die sonst in Wilhelmshaven nicht mehr versorgt werden können.“

4 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat

4.1 Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus

4.1.1 Beschluss der Satzung der Stadt Wilhelmshaven über die kommunale Anstalt des öffentlichen Rechts "Wirtschaftsbetriebe der Stadt Wilhelmshaven (WBW, AöR)" (Vorl.-Nr. 131/2009)

Frau Glaser trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 19.10.2009 vor und merkte an, dass die Verwaltung die Änderungswünsche des Rates in die Satzung eingearbeitet habe.

Herr Oberbürgermeister Menzel verdeutlichte ausführlich die Bedeutung der aktuellen Beschlussvorlage und erläuterte, dass es sich dabei um eine Arbeit von mehreren Jahren handele und skizzierte deren Werdegang. Er signalisierte sein Unverständnis über den heutigen Antrag zur Geschäftsordnung und stellte die Frage, warum dieser Antrag erst jetzt käme und nicht schon vorzeitig an die Verwaltung herangetragen worden sei, abgesehen von dem notwendigen erheblichen Zeitaufwand seien politische Beschlüsse folgend mehr als 250.000.- € für Gutachten ausgegeben worden.

Herr Neumann trug den **Geschäftsordnungsantrag der Fraktionen und Gruppen von SPD, BASU/Ober-Bloibaum/Tholen und Bündnis 90/Die Grünen** vor:

*„Der Rat soll sich heute **nicht** mit der Gründung und Satzung der AöR befassen, sondern überweist das Thema an einen neu zu gründenden Arbeitskreis. Dieser könnte den Arbeitstitel „Umstrukturierung/Neuordnung des Gesamtkonzerns Stadt“ mit dem Ziel der Aufgabenkritik, um Synergien zu erwirtschaften, erhalten.*

- Ziel des Arbeitskreises ist die Erarbeitung eines tragfähigen Konzeptes zur Umstrukturierung des Gesamtkonzerns Stadt, durch welche mehr Transparenz und Einsparungen erreicht werden sollen.
- Die Benennung der Vertreter erfolgt direkt im Anschluss an diesen Beschluss.

- Die SPD stimmt mit den Vertretern noch heute einen Termin zur 1. Sitzung ab.

- ☐ Mindestens 7 Tage vor dem 1. Termin legen alle Fraktionen/Gruppen dar, in welche grobe Richtung ihre Vorstellungen ausgerichtet sind.
- ☐ Der Arbeitskreis muss dem Rat der Stadt spätestens zu den Haushaltsberatungen für den Haushalt 2011 ein umsetzbares Konzept zur Umstrukturierung vorlegen.

- Der Arbeitskreis wird im ersten Schritt die nötigen Beschlussvorlagen für den Rat erstellen, um alle unnötigen und/oder überflüssigen Gesellschaften/Beteiligungen aufzulösen/zu verkaufen.

- Die Mitglieder des Arbeitskreises setzten sich in ihrer ersten Sitzung das Ziel, eine Organisationsform zu erarbeiten, die:

- o für alle Ratsvertreter und Bürger transparent ist
- o Verwaltungskosten spart
- o die Mitarbeiter mitnimmt - denn ohne Motivation der Mitarbeiter wird Konsolidierung nicht funktionieren.
- o sicher stellt, dass Mitarbeiter auch zukünftig nicht mit Gehaltsreduzierungen rechnen müssen.

- Der Arbeitskreis wird wie folgt besetzt:

- o Jede Fraktion/Gruppe entsendet 1 Mitglied
- o 1 Vertreter Personalrat
- o 1 Mitarbeiter der Beteiligungsverwaltung
- o Kämmerer
- o den Geschäftsführer und Dezernenten auf Einladung des Arbeitskreises

- Pflichtteilnahme der Geschäftsführer, Dezernenten, Fachbereichsleiter und Werksleiter etc.

- Für seine Arbeit wird dem Arbeitskreis zur Verfügung gestellt:

- o ein festes Geschäftszimmer/Sitzungsraum mit Telefon und PC
- o die Kostenerstattung für Sachverständige

- Auf die Tagesordnungen des Rates werden bis zur Auflösung des Arbeitskreises die ständigen Tagesordnungspunkte aufgenommen:

- o „Bericht des Arbeitskreises“
- o „Beschlussfassung über Ergebnisse und Anträge des Arbeitskreises“

- Kosten, welche durch die Arbeit des Arbeitskreises, z.B. für Beratungen, ausgelöst werden sollen, müssen vom Rat der Stadt genehmigt werden.

- Die politischen Mitglieder des Arbeitskreises erhalten keine Aufwandsentschädigungen, Sitzungsgelder, Fahrtkosten etc.“

Herr Prof. Reuter signalisierte die Ablehnung seitens der CDU-Fraktion und erläuterte ausführlich die Vorteile einer Anstalt des öffentlichen Rechts.

Herr Dr. von Teichman sprach sich für die Ablehnung des Antrages aus und legte einen Ergänzungs- und Vereinbarungsvorschlag der FDP-Fraktion vor. Er appellierte an die Antragsteller, sich erneut mit dem Ergänzungs- und Vereinbarungsvorschlag zu befassen, bevor man über den Antrag zur Geschäftsordnung entscheide.

„Folgende Zielvereinbarung („letter of intent“) wird im Hinblick auf die Vorlage Nr. 131/2009 zwischen Rat und Verwaltung geschlossen:

- 1. Die AöR ist kein Instrument zur Einhaltung hergebrachter Strukturen in den Beteiligungen. Sie dient nicht dazu, Strukturen, Gesellschaften, Gremien und Einflussosphären langfristig zu zementieren. Vielmehr ist ihr Ziel die radikale Aufgabenkritik mit dem Ziel der Verschmelzung, Auflösung, Veräußerung und Umstrukturierung.*
- 2. Zu diesem Zweck werden sich der Vorstand und der Verwaltungsrat auf eine systematische Vorgehensweise verständigen, die, nach einer möglichst kurzfristigen Vorlaufphase zur Einrichtung der AöR, folgende Maßnahmen umfasst.*
 - a. Der Vorstand legt dem VR in ca. monatlichen Abständen exakte Berichte und Hintergrundinformationen zu jeweils einer Gesellschaft vor. Darin enthalten sind: rechtliche Rahmen, Einbindung in den „Konzern“, wirtschaftliche Situation, Bedeutung für die Kommune, Prüfung nach § 108 NGO, Vorschläge zu den Prüfpunkten „Verschmelzung, Auflösung, Veräußerung und Umstrukturierung“.*
 - b. Der Verwaltungsrat erarbeitet sodann zusammen mit seinen Ausschüssen und dem V. – eventuell nach Vergabe weiterer Prüfaufträge an Externe – einen Vorschlag, der letztlich dem Rat zum endgültigen Beschluss vorgelegt wird.*
- 3. Auf diesem Wege soll erreicht werden, die Zahl der städtischen Beteiligungen in einem überschaubaren Zeitrahmen auf eine bei anderen Kommunen vorhandene Menge, besser deutlich darunter, zurückzuführen.*
- 4. Die AöR wird danach in der Lage sein, einen gut strukturierten, transparenten und leistungsfähigen Beteiligungskern zu führen.“*

Herr Tjaden stellte klar, dass es nur zwei Möglichkeiten gäbe. Entweder man stimme dem Antrag zu oder aber man lehne die AöR hier und heute abschließend ab. Er signalisierte seine Zustimmung zu dem Geschäftsordnungsantrag und begründete dies ausführlich.

Herr Biehl erklärte, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dem Antrag zur Geschäftsordnung zustimmen werde und erläuterte dies eingehend.

Herr Schmidt ließ über den Antrag auf Nichtbefassung abstimmen.

Dem Geschäftsordnungsantrag der Fraktionen und Gruppen von SPD, BASU/Ober-Bloibaum/Tholen und Bündnis 90/Die Grünen sich nicht mit der Gründung und Satzung der AöR zu beschäftigen, wurde bei 25 Ja-Stimmen (SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion BASU/Ober-Bloibaum/Tholen, Ratsherren Janssen und Müller) und 19 Nein-Stimmen (CDU-Fraktion, FDP-Fraktion und Oberbürgermeister Menzel) mehrheitlich zugestimmt.

B. Einwohnerfragestunde

*Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde
(§ 18 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates)*

*Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung
(§ 18 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates)*

Da weder Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde noch zur Tagesordnung vorlagen, wurde die Einwohnerfragestunde geschlossen.

Ende der Sitzung: 19:15 Uhr

Schmidt
Ratsvorsitzender

Menzel
Oberbürgermeister

Stecker
Protokollführer

Dateiname: 9595.15436.doc
Verzeichnis: C:\Documents and Settings\Default User\My Documents
Vorlage: Normal.dotm
Titel: Sitzung 12/2009
Thema: Sitzungsdatum 28.10.2009
Autor: SDW
Stichwörter: Sitzungsort Gorch-Fock-Haus, , Wilhelmshaven
Kommentar: erstellt am 11.02.2010
Erstelldatum: 11.02.2010 12:29:00
Änderung Nummer: 1
Letztes Speicherdatum: 11.02.2010 12:29:00
Zuletzt gespeichert von: SDW
Letztes Druckdatum: 11.02.2010 12:30:00
Nach letztem vollständigen Druck
Anzahl Seiten: 7
Anzahl Wörter: 1.971 (ca.)
Anzahl Zeichen: 12.423 (ca.)